

Wie Demokratie bewahrt werden kann

Mithilfe eines Bundesprogramms werden gesellschaftliche Debatten gefördert - auch in Blumenthal

VON VOLKER KÖLLING

Blumenthal. Vielleicht ist die Demokratie in Deutschland viel zu lange als Selbstverständlichkeit wahrgenommen worden. Vielleicht sind die echten Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie in Zeiten andauernder direkter Meinungsrülpser via soziale Medien auch für Menschen kaum noch begreifbar. Tatsache ist aber auch, dass eine Demokratiedebatte jetzt gerade dort geführt wird, wo es an den politischen Rändern brennt: in Blumenthal.

Marcus Meyer steigt morgens aus dem Bus an der Haltestelle beim Denkort Bunker Valentin und reißt mal wieder ein rechtsextrêmes „Spucki“ vom Haltestellenschild. Der wissenschaftliche Leiter des Denkortes sagt: „Die Aufkleber-Geschichten hören nicht auf: Das war mal wieder ein neues Motiv mit einer besonders eklig-rassistischen Darstellung schwarzer Menschen.“ Hat er Anzeige erstattet? „Nein, das ist Quatsch. Gegen wen denn? Das wird doch sofort eingestellt.“ Ohnehin rät Meyer, solch einem Treiben nicht zu viel mediale Aufmerksamkeit zu widmen.

Er sähe da lieber den Aufbruch vor Ort für eine Demokratiedebatte vorne in den Medien: Da war die vom Bundesfamilienministerium geförderte Landesdemokratiekonferenz mit dem Titel „Solidarität leben - Partnerschaft für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz im Bremer Norden“ vor einigen Monaten im Bunker. Blumenthals Beiratsprecherin Ute

Reimers-Bruns wünscht sich viel mehr von solchen Veranstaltungen: „Wenn man sich zu bestimmten Themen offen ohne Redeverbote trifft und alle einlädt, dann muss doch keiner mehr Wände beschmieren oder Aufkleber verteilen.“

Rahel Hübscher (17) vom Mobilem Jugendforum Bremen-Nord würde sich das auch wünschen, fühlt sich als eine der wenigen jugendlichen Demokratie-Aktivistinnen aus Bremen-Nord aber ziemlich alleingelassen:



Marcus Meyer

FOTO: KELLER

„Die meisten anderen Jugendlichen hier interessiert es einen Dreck, was um sie herum gerade passiert. Das ist für mich der eigentliche Horror: Die Gleichgültigkeit der meisten Menschen.“

Holger Jahn, der örtliche CDU-Ortsvereinsvorsitzende aus Farge-Rekum findet die Ausrichtung der Demokratiedebatte deutlich zu einseitig: Er wünscht sich auch ein Aufbegehren gegen linken Radikalismus. Jahn verweist darauf, dass Altkommunisten in Blumenthal gerade eigenmächtig Straßenschilder mit den Namen ihrer Genossen aufgestellt hätten. Da sei erst ganz spät jemand eingeschritten: „Das hier vor Ort in Farge-Rekum ist doch ein Pingpong-Spiel zwischen ganz links und ganz rechts, das sich aufschaukelt.“

Marcus Meyer warnt vor dieser Lesart der Dinge: „Das ist eine Henne-Ei-Diskussion, die Frage, wer angefangen hat, die zu nichts führt. Wir müssen anderswo ansetzen: tatsächlich schon bei der frühkindlichen Bildung im Kindergarten.“ Man müsse Kindern ganz früh

Dinge wie Toleranz und Einfühlungsvermögen mit auf den Weg geben. „Meine Tochter geht in einen Multikultikindergarten: Die würde sich jetzt schon dazwischenstellen, wenn jemand ihre Freunde schlechtmachen würde, weil die eine andere Haar- oder Hautfarbe haben.“ Es gehe darum, zu lernen, Unterschiede zwischen Menschen anzuerkennen, den Wert von Demokratie und dem Leben in einer pluralen Gesellschaft mit Pressefreiheit, einer Gesellschaft, in der jeder sagen könne was er wolle. Meyer: „Das ist ja auch ein Mythos, den die Rechten aufbauen: Man dürfe hier nicht frei sagen, was man will. Dabei tun sie es alle ständig.“

Davon kann Blumenthals Ortsamtsleiter Peter Nowack (SPD) ein Lied singen. Der langjährige Eisenbahngewerkschafter streitet sich regelmäßig in den sozialen Medien intensiv: „Aus den meisten Foren haben sie mich inzwischen rausgeschmissen, weil denen meine Argumente nicht passen.“ Bei aus seiner Sicht allzu üblen Hasskommentaren hat Nowack allerdings auch schon Screenshots angefertigt und die beim Verfassungsschutz angezeigt: „Man muss da eine bestimmte Form von Haltung entwickeln und sich der Hetze stellen, selbst wenn man dann selbst Opfer von Hetze wird.“ Er schaut sehr genau, welche Gruppen sich da im Netz tummeln und haut mitunter kräftig verbal dazwischen, wenn es um sein Blumenthal geht. Das grundsätzliche Problem der Politik sieht er so: „Das Problem ist doch: Die Ränder können doch nur so stark werden, wenn sich in der



Holger Jahn

FOTO: FR

Mitte der Gesellschaft und in der Politik zu wenig tut.“

Wobei genau dieser lange Stillstand in der gesellschaftlichen Debatte der Zivilgesellschaft nun überwunden werden soll. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat dazu sogar eigens das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ aufgelegt und es mit Geld hinterlegt. 800 000 Euro kommen seit 2015 aus dem Bundesprogramm nach Bremen. Malte Lohmeier hatte davon beispiels-

weise die „Landesdemokratiekonferenz“ im Denkort Bunker Valentin im Frühjahr mit organisiert. Als Projektleiter des Demokratiezentrum Bremen ist er der oberste Netzwerker des Landes, um Beratungs- und Bildungsangebote, aber auch Interventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus und Muslimfeindlichkeit zu steuern: „Uns geht es darum, möglichst viele mitzunehmen. Wir wollen Angebote schaffen: passgenau, nachvollziehbar und niederschwellig - besonders auch ausgerichtet auf Jugendliche in der Phase der Identitätssuche.“

Lohmeier betont, dass es bei den Angeboten nicht um eine Beeinflussung in die eine oder andere politische Richtung gehen soll, wohl aber um das Eintreten für ein angstfreies Miteinander aller Menschen. Die freie Wahl ist dann eben spätestens vor der Wahlurne auch ein hohes Gut. Die damit einhergehende Verantwortung für das große Ganze eine Sache, die viele erst noch oder eventuell auch wieder lernen müssen.